



27. Juni 2016

**Pressekonferenz der ÖVP Linz**

**mit**

**Stadtparteiobmann Vbgm. Mag. Bernhard Baier**

**Klubobmann Mag. Martin Hajart**

**zum Thema**

**„Linzer Rechnungsabschluss 2015**

**und ÖVP-Initiativen**

**für die kommende Gemeinderatssitzung“**

**Rückfragekontakt:**

Claudia Prietzel

Mobil: 0664/80 76 25 07

E-Mail: [prietzel@oevp-linz.at](mailto:prietzel@oevp-linz.at)

## **„Alarmierender Rechnungsabschluss 2015 – Schluss mit Schönfärberei und Halbwahrheiten!“**

### **Linzer Gesamtschuldenstand beträgt rund 1,5 Milliarden Euro**

*„Leider versuchen die städtischen Finanzverantwortlichen nach wie vor die Linzer Finanzsituation schönzureden“*, kritisiert **Vizebürgermeister Bernhard Baier** die Vorgehensweise der SPÖ. Der Rechnungsabschluss 2015 zeige deutlich, dass Linz als steuerreichste Landeshauptstadt auch im Jahr 2015 Abgangsgemeinde sei. Der Abgang im ordentlichen Haushalt beträgt mehr als 23 Millionen Euro – dieser wird durch „Kontoüberziehungen“ finanziert. Das wiederum versucht der SPÖ-Finanzreferent bei seinen Darstellungen aber kontinuierlich zu verschweigen.

Und das obwohl der städtische Schuldenstand immer weiter ansteigt. *„Es ist höchste Zeit der Wahrheit ins Auge zu blicken – Linz hat einen Schuldenberg von 1,5 Milliarden Euro (das sind Schulden, die die Stadt Linz direkt oder indirekt über die Immobiliengesellschaft begleichen muss, wofür ein jährlicher Zinsdienst von rund 30 Millionen Euro anfällt – genau diese 30 Millionen fehlen im Budget)“*, warnt **Baier**. Die von der ÖVP immer wieder über Jahre vehement geforderte transparente und detaillierte Darstellung der Zahlen für den Gemeinderat, würde aber nach wie vor nicht am Tisch liegen. *„Davon sind wir weit entfernt.“*

Wenn Vbgm und Finanzreferent Forsterleitner bei seiner Pressekonferenz zum Rechnungsabschluss von einer „positiven Entwicklung“ bzw. „Trendumkehr bei den Finanzen“ spricht, so **schenke er dem Linzer Bürger dabei keinen reinen Wein ein**. Denn zwei der wichtigsten Kennzahlen werden in dem Zahlenwerk verschwiegen. *„Würde man diese angeben, würde das ein komplett anderes Budget-Bild zeichnen“*, so **Vbgm Baier**.

Erstens lässt der SPÖ-Finanzreferent bei seiner Aufstellung eine transparente, detaillierte Darstellung der städtischen Finanzen samt objektivem Kassasturz als Sanierungsgrundlage vermissen: Denn alleine die reinen Bankschulden der Stadt Linz betragen mit Ende 2015 mehr als 783 Millionen Euro (Vergleich Ende 2014: 701 Millionen Euro)! Dazu kommen „Nicht-fällige Verwaltungsschulden“ der Stadt Linz in Höhe von mehr als 393 Millionen Euro. Insgesamt beträgt der Gesamtschuldenstand rund 1,5 Milliarden Euro – inklusive ILG und exklusive der wirtschaftlich selbständigen Gesellschaften (Linz AG, GWG).

Zweitens wird beim Maastricht-Defizit der Öffentlichkeit nur die halbe Wahrheit präsentiert. Offengelegt wurden von den städtischen Verantwortlichen dabei nur die Zahlen des Kernhaushaltes (ohne ILG) und nicht die für den Stabilitätspakt relevante Gesamtzahl. Das Maastricht-Ergebnis beträgt insgesamt aber ein Minus 6,43 Millionen Euro.

### **Auch nach Stadtsenats-Klausur fehlt die transparente, detaillierte Darstellung der städtischen Finanzen samt objektivem Kassasturz**

*„Die Stadt muss endlich Mut zur Budgetwahrheit zeigen“*, pocht **VbGm Baier** darauf, der ÖVP-Forderung nach einer umfassenden Budgetanalyse inklusive der ausgelagerten Abgangsbereiche mit einem Kassasturz, nachzukommen. Für die ÖVP-Mitglieder der Linzer Stadtregerung sei klar, dass auch weiterhin Einsparungsvorschläge in den eigenen Ressorts eingebracht und andere sinnvolle Sparvorschläge unterstützt werden. Klar sei aber auch, dass mit dem präsentieren Sparziel von 20 Millionen Euro die wahre Dimension der budgetären Schieflage nicht ausreichend angegangen wurde.

## **ÖVP pocht auf transparente Konsolidierungsgrundlage – entsprechend der mit der SPÖ paktierten Punktation nach der GR-Wahl**

*„Grundlage für die weitere Budgetkonsolidierung soll eine gesteigerte Transparenz gegenüber dem Gemeinderat als oberstes Entscheidungs- und Kontrollgremium der Stadt Linz sein (beispielsweise im Sinne einer detaillierten mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung),“* so heißt es in der zwischen ÖVP und SPÖ nach der Gemeinderatswahl 2015 paktierten Punktation. Im Hinblick auf den Voranschlag 2017 pocht die ÖVP Linz daher nun auf die dringende Umsetzung dieser Vereinbarung. Denn nur durch den Blick auf die volle Wahrheit, lassen sich auch die richtigen Schlüsse für die Zukunft ziehen.

## **ÖVP-Anträge in der GR-Sitzung am 30. Juni 2016:**

**„Kurzparker müssen in Linz flott sein – einzige größere Stadt, die primär noch immer auf eine 90-Minuten-Beschränkung setzt“**

### **Evaluierung der maximalen Parkdauer in Linzer Kurzparkzonen nötig**

In Linz gilt für den Großteil der rund 7.900 gebührenpflichtigen Kurzparkplätze (Stand 2014) eine maximale Parkdauer von 90 Minuten. Nur in einem relativ kleinen Teil (10 Prozent der Parkscheinautomaten) der Kurzparkzone gibt es Parkplätze mit 180 Minuten. *„Der Städtevergleich zeigt, dass Linz mittlerweile die einzige größere Stadt ist, die primär immer noch auf eine 90-Minuten-Beschränkung in der flächendeckenden Kurzparkzone setzt. Andere Städte haben in der Vergangenheit auf eine drei Stunden Zone umgestellt“*, erklärt **Klubobmann Martin Hajart**.

Graz, Salzburg, Klagenfurt, St. Pölten, Villach und Wr. Neustadt setzen auf eine einheitliche Kurzparkdauer von 180 Minuten (mit geringfügigen örtlichen Ausnahmen). Wien erlaubt in den inneren Bezirken eine Parkdauer von zwei Stunden und in den äußeren Bezirken drei Stunden. Auch Wels ermöglicht eine Parkdauer von zwei Stunden. Nur in der Innsbrucker Kurzparkzone gilt für den kleineren inneren Teil der Zone eine 90 Minuten Beschränkung, im größeren Teil erlaubt auch Innsbruck eine Parkdauer von drei Stunden. *„Für ältere Menschen, Familien mit Kindern und Innenstadtkunden kann dieses doch sehr knapp bemessene Zeitlimit zur Hürde werden“*, so **Hajart**. Daher fordert die ÖVP in der kommenden Gemeinderatssitzung eine Evaluierung der maximalen Parkdauer in Kurzparkzonen.

Klubobmann **Hajart**: *„Die derzeitige Linzer Regelung der maximalen Parkdauer soll auf die örtlichen Notwendigkeiten und die Bedürfnisse der Kunden, Besucher und Bewohner überprüft werden. Dabei sollen auch Erfahrungen aus anderen Städten eingeholt werden.“*

### **Linzer Verkehrschaos und erhöhte Feinstaubwerte minimieren: ÖVP pocht auf Umsetzung des Vorschlags „Rechtsabbiegen bei Rot ermöglichen“**

In der kommenden Gemeinderatssitzung wird die ÖVP Linz an Verkehrsstadtrat Hein eine Anfrage zum Thema „Rechtsabbiegen bei Rot ermöglichen“ stellen und damit den aktuellen Stand rund um diese Maßnahme zur Verbesserung der angespannten Linzer Verkehrs- und Luftsituation erheben. Schließlich hat die FPÖ Linz am Ende der letzten Legislaturperiode selbst einen Vorstoß dazu unternommen, wobei nach Diskussionen im Gemeinderat schließlich eine Resolution an die Bundesregierung einstimmig beschlossen wurde. Laut Parlamentsdatenbank wurde zuletzt ein Entschließungsantrag mit der Forderung

nach einem regional begrenzten Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei Rot“ im parlamentarischen Verkehrsausschuss vom 30. März 2016 vertagt.

**In Deutschland gibt es beispielsweise eine Variante, die das Rechtsabbiegen bei Rot durch einen Grünpfeil als Ergänzung an Ampeln ermöglicht.** Die ÖVP will nun von Stadtrat Hein wissen, ob die Rechtsabbiege-Thematik von ihm weiter verfolgt werde, welche Initiativen er in dem Bereich bereits unternommen habe, welche unterstützenden Schritte er zu einer Novelle der Straßenverkehrsordnung setzen will. Fragen werden zudem sei, was und ob bereits etwas unternommen wurde, um Linz als Pilotregion in diesem Bereich zu positionieren. Und welche Varianten für die Entlastung neuralgischer Verkehrsknoten kurzfristig ohne Novelle der Straßenverkehrsordnung denkbar (z.B. mittels grünem Pfeil) wären und somit in Linz eigenständig gesetzt werden können.

## **Bestbieter statt Billigstbieter**

Unter dem Motto „Bestbieter statt Billigstbieter wollen ÖVP und Grüne in der kommenden Gemeinderatssitzung die Stadt Linz, die mit ihren Unternehmen einer der wirtschaftlichen „Big Player“ in Oberösterreich ist, als Vorbild und Leitbetrieb für ökosoziales und nachhaltiges Vergabewesen etablieren. Mit dem gemeinsamen Antrag soll das Bestbieter-Prinzip in der Beschaffung umfassend und vor allem unbürokratisch umgesetzt werden. Davon sollen vor allem regionale und kleinere Betriebe profitieren. Derzeit ist das öffentliche Beschaffungswesen in der Stadt durch das Bundesvergabegesetz so geregelt, dass das Bestbieterprinzip für öffentliche Auftragsvergaben im Baubereich ab einer Summe von 1 Mio. Euro gilt. Außerhalb des Vergabesegementes „Baufträge“ und unterhalb der € 1,0 Mio. Auftragsvolumen wird in der Regel nach wie vor entweder das Prinzip des Billigstbieters oder das der Direktvergabe bei einem Auftragswert unter 100.000,- Euro.

## **Sportmesse für Linz**

In der kommenden Gemeinderatssitzung will die ÖVP Linz per Antrag ein ähnliches Spektakel wie „Die SPORT & FUN – Österreichs einzigartige Messe für Sport, Fitness, Outdoor & Bewegung“ nach Linz holen. *„Ein derartiger Event würde der Sportstadt Linz und dem Breitensport auf jeden Fall gut tun.“*

Eine Messe für den Sport würde zudem den Linzer Familien verschiedenste Freizeitmöglichkeiten und Trendsportarten aufzeigen. Zudem könnten die diversen Angebote im In- und Outdoorbereich selbst ausprobiert werden. Ehrenamtlich geführte Vereine sollen dabei vor den Vorhang geholt werden, um neue Mitglieder gewinnen zu können. *„Uns geht es darum, die Neugier zu wecken und die Eltern für das Thema Bewegung und gesunde Ernährung zu sensibilisieren“*, sagt **Hajart**, der neben einer Aufwertung des Messestandortes Linz auch die gesellschaftliche

Notwendigkeit einer derartigen Informationsmesse sieht.

### **Motorik-Wanderweg soll Naherholungsgebiet Pichling aufwerten**

Die ÖVP Linz setzt sich in der kommenden Gemeinderatssitzung für die Umsetzung eines Motorikparks in Pichling ein. Konkret geht es um die Errichtung eines Motorik-Wanderweges als Verbindung zwischen dem Sportpark Pichling und dem Pichlingersee. Ortsansässige Vereine sollen in die Planungen eingebunden werden. Im Sinne der Kosteneffizienz sollen dabei nach Möglichkeit bereits bestehende Wege berücksichtigt werden.